

Überarbeitete Wortlautprotokolle der Statements der Fraktionen bzw. der Gruppierung nach dem einführenden Sachvortrag des Oberbürgermeisters

StR Kotz (CDU):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, vielen Dank für die Vorlage und für Ihre Erläuterungen. Dass das Thema angegangen wird, haben wir mit Anträgen immer wieder eingefordert. Ich freue mich, dass Sie in Ihrer Begründung klar schreiben, das Bahnprojekt S 21 wird gebaut. Es freut mich auch, dass Sie in Ihrer Vorlage von einer Chance durch das Projekt schreiben. Auf diese Aussage haben viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter gewartet.

Ihre heutigen mündlichen Ausführungen zu Chancen durch eine Internationale Bauausstellung (IBA) können wir unterstützen. Unsere Anträge zu diesem Thema zielten darauf ab, dieses Thema ergebnisoffen zu diskutieren. Wir meinen, eine IBA könnte einen Charme haben, aber selbstverständlich muss dies im Lichte des damit verfolgten Themas, der Konditionen und der Vorteile für die Stadt und die Region gesehen werden.

Ich unterstütze Ihre Aussage zum Thema Grundstücksgeschäfte. Ich glaube, für eine Stadt ist bei einer solchen Entwicklung nicht nur zu sehen, was auf den Quadratmeterpreis zu erreichen ist. Entscheidend, ist die Frage, wie viele Menschen können dort in Zukunft leben und arbeiten. Es wäre etwas kleingeistig, hier nur Quadratmeterpreise zu sehen. Insbesondere sollte dieses Stadtentwicklungsthema mit einem längeren Zeithorizont betrachtet werden.

Es wäre im Hinblick auf das Thema Bürgerbeteiligung gut, wenn wir in einem Zeitstrahl darstellen, was aus heutiger Sicht bis 2021 wann stattfinden soll. Entscheidend für die Motivation der Bürgerinnen und Bürger wird sein, dass nach Ende der Beteiligung vier Jahre lang nichts stattfindet. Wie will den die Stadt mit dem Projekt umgehen? Brauchen wir eine Projektgesellschaft, ähnlich wie es die Hafen City gemacht hat? Brauchen wir solche Strukturen? Wie wollen wir das denn handhaben? Das Anstehende ist schon eine große Herausforderung. Auch die Frage, ob eine Generation das Recht hat, das Alles zu bebauen. Oder soll man das verteilen? Ich habe etwas Angst, wenn wir es nicht gleich bebauen, dass sich dort Mauereidechsen ansiedeln und nachfolgende Generationen dann überhaupt nicht mehr bauen können. Diese Fragen sollten wir diskutieren. Deswegen glauben wir, dass so ein Zeitstrahl für die folgenden Jahre mit den entsprechenden zeitlichen Markierungen notwendig wäre. Auch im Hinblick auf die Frage, wie es mit der Freiräumung und der Modellierung durch die Bahn aussieht, und welche Planungen die Stadt auf dem Areal verfolgt? Es wäre natürlich ungut, die Bahn würde etwas bei der Freiräumung gestalten, und die Stadt kommt zwei Jahre später und sagt, wir hätten es aber gerne anders.

Teile der Vorlage habe ich noch nicht so richtig verstanden. In der Stufe 1 möchten Sie mit einem Unternehmen, die Struktur und die Art und Weise der Bürgerbeteiligung darstellen, planen, vorgeben. Und in der Stufe 2, die dann über eine öffentliche Ausschreibung erfolgt, geht es dann eigentlich nur noch um die praktische Umsetzung, um Manpower, um Veranstaltungen. Aber in der Stufe 1 wird entschieden. Für mich stellt sich die Frage: Wird das mehr mit Veranstaltungen oder

mehr medial gemacht, in welcher Form findet das statt? All diese Dinge sollen, so verstehe ich es, in Stufe 1 dargestellt werden.

Entscheidend ist für uns, wie wird denn dieses Unternehmen, das letztendlich festlegt, wie in ihrem Verfahren, in ihrer Struktur die Bürgerbeteiligung aussieht, wie wird dieses Unternehmen ausgewählt? Gibt es da einen Pitch wie bei Werbeagenturen, dass da vier kommen und präsentieren, und dann wird das attraktivste Angebot ausgewählt? Und vor allem, wie sieht das Auswahlgremium aus? Es wird in der Vorlage zwar einmal von einem Auswahlgremium gesprochen, das habe ich aber eher so gesehen, dass das bei der Stufe 2, bei der öffentlichen Ausschreibung, auswählen soll. Das Entscheidendere, das Inhaltliche, wie wir es machen wollen, ist ja aber in der Stufe 1 vorgesehen. Das heißt die Frage wäre: Wer entscheidet die Büroauswahl in der Stufe 1 und wie viele Agenturen/Büros geben da eine Idee bei diesem Pitch ab? Zudem ist mir die Finanzierung nicht klar (viermal 12.500 €?).

Geklärt gehört ebenfalls, ob der Präsentationstermin am 18.05. für die Stufe 1 oder für die Stufe 2 gilt, und ob der Rat in diese Präsentation mit eingebunden ist?

StR Pätzold (90/GRÜNE):

Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister, dass Sie beim Thema Rosensteinviertel eine andere Beteiligung als bisher üblich vorsehen. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger zu Themen wie "Welche Stadt wollen wir bauen? In welcher Stadt wollen wir wohnen?" von Beginn an mitgenommen werden.

Die Benennung "informelle Bürgerbeteiligung" bedeutet im Grunde genommen nur, dass es nicht an ein Verfahren gekoppelt ist, sondern eine freiwillige Maßnahme darstellt, die wir als Stadt vorschalten, um Fragen zu beantworten bzw. um vielleicht auch neue Fragen aufzuwerfen. Dafür vorab die Rahmenbedingungen zu klären, sehe ich als sehr wichtig an.

Wir sprechen nicht nur über das Rosensteinviertel (Teilflächen C1, C2 und B). Wie man im Text lesen kann, geht es vielmehr um die gesamten hundert Hektar, d. h. es geht um die Flächen A2, A3, C, B und D. Zu sprechen ist damit auch über die Gäubahntrasse. Dazu gibt es eine Initiative im Nordbahnhofviertel. Wir reden sicher dann ebenfalls über die zeitliche Verfügbarkeit von A2 und A3, ob die überhaupt kommt oder nicht.

Des Weiteren wird das Post-Areal eine wichtige Frage sein. Bekanntlich hat die Stadt immer gesagt: Alle diese Flächen sind gekauft. Bis dann bekannt wurde, dass es doch nicht alle Flächen sind. Das Post-Areal gehört weiterhin der Post. Dort muss überlegt werden, wie es weitergeht. Man muss sich zudem überlegen: Was bedeutet die Parkerweiterung? Wie kann diese aussehen? Den vielfältigen Fragen liegt natürlich auch die bisherige Planung zugrunde. Diese ist aber nicht mehr verbindlich.

Eine IBA wäre wünschenswert. Aber dazu muss man ein Thema wirklich genau definieren. Es muss ein gutes Thema sein, damit es auch einen Erfolg bzw. einen Mehrwert hat. Schließlich kostet eine IBA Zeit und Geld.

Die Phasen der Vorgehensweise, auch der Zeitablauf, müssen klar sein. Bei einer angenommenen Fertigstellung im Jahr 2025 haben wir ungefähr zehn Jahre Zeit, diese Planung voranzubringen. Ein Problem, in dieser Zeit mit der Bahn eine Abstimmung vorzunehmen, sehe ich nicht. Das, und auch die Frage: Wie geht man mit A2 und A3 um (Erweiterung des Europaviertels), muss geklärt werden.

Wir müssen schauen, dass wir eine Planung hinbekommen, die nicht alles auf einmal umsetzt, die auch die Möglichkeit lässt, Planungen im Laufe der Zeit wandelbar oder anpassbar zu machen. Wir sehen es am Europaviertel. Da hat man vor zehn, zwölf Jahren den Bebauungsplan beschlossen. Und nun heißt es: Wir können nichts ändern. Und nun wird dieser Bebauungsplan aus einer alten Zeit umgesetzt. Es ist sinnvoll, sich zu überlegen: Wie kann man eine Planung gestalten, dass man auch in Zukunft Veränderungen vornehmen kann? Unser Vorteil ist, dass die Flächen der Stadt gehören und wir sozusagen bisher in der Sache noch frei sind. Aber sobald die Flächen verkauft sind, gibt es ein Planrecht. Das ist aus heutiger Sicht schon weit gedacht, diesen Aspekt muss man aber berücksichtigen.

Herr Kotz, über die Kosten so nonchalant wegzugehen, dass es kleingeistig wäre, ist angesichts der Größenordnung nicht angebracht. Jedem von uns ist klar, dass wir die Flächen eigentlich zu einem viel zu hohen Preis gekauft haben, weil man glaubte, das Europaviertel wird weiter gebaut. Wir haben 800 Mio. € ausgegeben - ohne Verzugszinsen. Festzuhalten ist, dass wir jährlich auf 21,2 Mio. € verzichten. Die Entwicklung ist zwar richtig, die kostet uns aber viel Geld. Jedem von uns ist klar, wir wollen hier auch bezahlbaren Wohnraum errichten, d. h. wir werden diese 800 Mio. € nicht erreichen. Und dieses Defizit, das muss man sich dann auch zuschreiben, lässt sich nicht beseitigen. Man hat übrigens die Grundstücke gekauft, um Stuttgart 21 zu finanzieren, zumindest auf dem Papier. Aber klar ist, es handelt sich um städtisches Vermögen. Bezahlbarer Wohnraum bedeutet, man wird auf eine mindestens dreistellige Millionensumme verzichten müssen. Dies muss auch nach außen dargestellt werden.

Meine Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

StR Körner (SPD):

Wir freuen uns, dass auch die Verwaltungsspitze jetzt beginnen möchte. Vor der Kommunalwahl hörte sich das noch anders an. Mit dem Startschuss eröffnen sich der Stadt große Chancen. Diese werden allgemein in der Vorlage angesprochen. Mitten in der Stadt müssen künftig sehr große Flächen nicht mehr für Schienen und abgestellte Züge genutzt werden. Menschen können dort wohnen und arbeiten, der Rosensteinpark kann vergrößert werden, öffentliche Plätze können entstehen, es können Kindergärten gebaut werden und vieles andere mehr. Eine weitere Chance besteht darin, dass die beiden Stadtbezirke Stuttgart-Ost und Stuttgart-Nord aneinanderrücken. Wer diese Chancen nicht sieht, der liegt aus meiner Sicht falsch.

Häufig, wenn man über diese Chancen mit Bürgerinnen und Bürgern spricht, wird einem entgegengehalten: Was kann mit diesen Flächen nur geschehen, die müssen doch dann nur teuer wieder verkauft werden. Diese Befürchtung ist da, die kann man auch nachvollziehen. Aber ich finde, es ist schon wichtig darauf hinzuweisen, dass

die Stadt Eigentümerin dieser Flächen ist, und somit die allerbesten Voraussetzungen dafür vorliegen, etwas Vernünftiges entstehen zu lassen.

Ich bitte darum, weil das Thema Kosten angesprochen worden ist, dazu kurz etwas zu sagen.

Warum ist jetzt der richtige Zeitpunkt zu beginnen? Also zum einen haben die Beispiele an anderen Stellen der Stadt - Killesberg, Neckarpark - gezeigt, was für ein gigantischer Vorlauf für eine solche Planung erforderlich ist. Es gibt konkret Dinge, die wir bald klären müssen. Ich nenne einmal dieses vom Kollegen Pätzold angesprochene Grundstück A3, wo die Bahn mit Fertigstellung des Tiefbahnhofs bereits eine Tiefgarage erstellt haben will und wir uns eigentlich in dem Moment, wo die dort anfangen zu bauen - sprich bereits 2020, 2021 - überlegt haben müssen, was wir auf diese Tiefgarage bauen. Es wäre ja Unsinn, zweimal dort zu bauen. Und wenn man einen hohen Entwicklungsanspruch hat, sowohl was die Beteiligung als auch was den Städtebau anbelangt, dann wird mehr Zeit benötigt.

Herr Oberbürgermeister, zehn Tage vor der Kommunalwahl haben Sie auf den Hinweis der Stuttgarter Zeitung "Es gibt noch Befürworter, etwa von der SPD, die von Ihnen die Überplanung des Rosensteinviertels fordern" gesagt: "Man muss doch jetzt nicht wie verrückt eine Diskussion anfachen, die frühestens in zehn Jahren in eine Realisierung gehen kann. Die Ungeduld der SPD ist eher deren schlechtes Gewissen". Was hat Sie in den letzten sechs Monaten Ihre Meinung ändern lassen? Wir haben da kein schlechtes Gewissen. Wir sind stolz darauf, dass wir mit anderen gemeinsam die nun auch von Ihnen gesehenen Chancen erarbeitet haben.

Was ist uns wichtig, wenn es jetzt darum geht, diese Fläche zu gestalten? Das Erste ist die politische Teilhabe. Ich glaube es ist wichtig, dass wir uns dafür sehr viel Zeit geben und uns sehr anstrengen, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Es handelt sich um eine der wichtigsten Flächen in der Stadt. Aus unserer Sicht ist es so, dass wir auch im Rahmen des nun anstehenden Prozesses klären sollten, wie wir die neuen Möglichkeiten nutzen wollen, die die Landesverfassung in Zukunft bieten wird, nämlich zumindest über den Aufstellungsbeschluss bei Bebauungsplänen Bürgerentscheide herbeizuführen. Das müssen wir klären. Ich persönlich bin der Meinung, dass, wenn das Land diese neue Möglichkeit schafft, wir bei dem allerwichtigsten Bebauungsplanverfahren, das diese Stadt in den nächsten Jahrzehnten haben wird, nicht umhinkommen werden, einen Bürgerentscheid durchzuführen. Geklärt gehört, wie wir das machen. Das gehört aus unserer Sicht in diesem Fall zur Partizipation und zur politischen Teilhabe.

Inhaltlich ist uns wichtig, dass auf dem Areal Menschen mit großem und mit kleinem Geldbeutel wohnen können. Dies wird für die Akzeptanz in der Bevölkerung entscheidend sein (z. B. auch Mietwohnungen im genossenschaftlichen Mietwohnungsbau, Sozialmietwohnungen). Zudem ist zu klären: Brauchen wir ein Sondervermögen, in das wir die Grundstücke einbringen? Oder machen wir das im Bereich der Liegenschaften? In der S 21-Schlichtung hat das eine große Rolle gespielt: Der Gemeinderat hat sich auch mit der Stiftungsidee beschäftigt. Davon ist man aber eher wieder weggekommen, aber der Grundgedanke der dahintersteckt, ist ja schon der, dass wir diese Flächen nicht so behandeln können wie andere Flächen.

Was die Vermögensposition der Stadt anbelangt, macht es ja erst einmal keinen Unterschied, ob ich diese Grundstücke weiterhin in meinem Eigentum habe, oder ob ich sie verkaufe. Das ist in der Bilanz der Stadt ein Aktivtausch. Deswegen sollten wir uns überlegen, was wir dort verkaufen wollen und was nicht. Unter vermögenspolitischen Gesichtspunkten, wenn man sich einmal die Entwicklung der Grundstückspreise anschaut, ist es vielleicht sogar für die Stadt klüger, dieses Vermögen einfach weiterhin im Eigentum zu haben und über Erbbauzinsen und Ähnliches die Grundstücke weiter zu bewirtschaften.

Für uns sind einige Einzelpunkte wichtig. Einen Punkt hab ich schon gesagt, das A3-Gelände. Da, glaube ich, müssen wir sehr schnell klären, was wir wollen. Wir müssen auch relativ schnell klären, was wir mit dem Gleisbogen machen. Wollen wir den wirklich komplett weghaben oder nicht doch zumindest Teile erhalten? Ich denke einmal an die Bereiche, wo diese Häuser unter dem Gleisbogen stehen. Geklärt gehört ebenfalls, Kollege Pätzold hat es angesprochen, Lokschuppen hinten. Das ist ja dieser Bereich kurz vor dem Paketpostamt. Sind das vielleicht auch Gebäude, die man stehen lassen möchte, weil sie vielleicht auch eine gute Location für Dinge sind, die wir auch brauchen - Subkultur und Ähnliches?

Die Gäubahntrasse hat der Kollege Pätzold ebenfalls angesprochen. Obwohl klar ist, dass wir sie nicht nochmals zur Anbindung an den Hauptbahnhof haben wollen, kann diese für eine Tangentialverbindung Richtung Norden interessant sein.

Herr Oberbürgermeister, Sie hatten im Juni gegenüber der Stuttgarter Zeitung formuliert, dass das alles möglichst schnell gehen muss. Am 25.06. stand in der Stuttgarter Zeitung: "Die Bauphase muss so kurz wie möglich gestaltet werden. Damit sinkt die Belastung für Umwelt und Bürger." Hier sollten Sie eine Klarstellung vornehmen, denn auch ich halte es eigentlich für sinnvoller, das peu à peu zu entwickeln.

Zur Vorlage selbst noch zwei kurze Fragen. Diese freihändige Vergabe in der 1. Stufe, ist da schon an ein Büro gedacht? Für mich ist ebenfalls nicht ganz klar, was ist Stufe 1 und was ist Stufe 2. Und zu Beginn des Beschlussantrags heißt es, die Bürgerbeteiligung soll ab dem Frühjahr 2015 gestartet werden. Also wenn ich die Vorlage richtig lese, wird es ja eher Herbst.

StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS):

Ich mache jetzt zehn Jahre Stadtratsarbeit, und ich habe selten eine so ambitionierte Vorlage erlebt. Es geht um nichts Geringeres als die Frage: Wie wollen wir in dieser Stadt in Zukunft leben und arbeiten? Dazu kommen dann so eine abstrakte Wortakrobatik und eine nichtssagende Vorlage daher. Nach meiner Meinung kann das nur zwei Gründe haben. Erstens, die Stadtverwaltung weiß nicht was sie will, und zweitens, oder sie will es uns nicht sagen.

Aufgrund meiner Stadtentwicklungserfahrungen frage ich mich einfach: Was bedeutet "mitwirkende Bürgerbeteiligung"? Gibt es für die Stadtverwaltung auch Bürgerbeteiligung, die keine Wirkung hat? Haben Sie dabei vielleicht an die Bürgerbeteiligung, die offene, zu Stuttgart 21 im Jahre 1997 gedacht? Die war ein wunderbares informelles Verfahren. Der Gemeinderat hat schlicht hinterher den

Rahmenplan der Verwaltung ohne wesentliche Änderungen beschlossen. Vielleicht haben Sie auch an den Filderdialog gedacht?

Es kommt noch schlimmer. Was sind denn so abstrakte Geschichten wie "Voraussetzung für eine dauerhafte Verständigung", "charakterliche Ausformung", "programmatische Parameter", "Leitthemen für ein Memorandum", "Bestimmung der Formate"? Was ist ein "transparenter integrativer, innovativer Prozess". Ein Prozess, von dem die Stadträte, das Hauptorgan, das erste Mal mit so einer Vorlage "transparent" hören. Die Stadtverwaltung sucht, findet, aber nennt keine harten Merkmale. Ist das transparent? Oder wurde da der Gemeinderat mal integrativ vorher gefragt, wie er sich vielleicht so einen Prozess vorstellt? Innovativ, da kann ich schlicht noch gar nichts erkennen. Was ist denn mit Offenheit eines Prozesses gemeint, der dann die Voraussetzung dafür sein soll, dass späteren Bürgern - was sind spätere Bürger? - die Teilnahme ermöglicht (*wird?*). Soll das so lange beliebig sein, dass man nichts nachverfolgen muss? Und dann kann man jederzeit einfach à la Facebook dazukommen und sagen: Gefällt mir, gefällt mir nicht? Ist an so was gedacht? Ist das unter Offenheit gemeint?

Dann redet man davon, dass man Rahmenbedingungen prüfen muss. Was ist denn das? Was sind denn Rahmenbedingungen? Geht es da um das fehlende Entwidmungsverfahren für die Flächen? Geht es da um die Frage, ob diese Flächen nicht klimarelevant sind? Ob wir nicht unter den Themen der Klimaanpassung überhaupt dort nichts bebauen sollten? Oder sind Rahmenbedingungen eine gesamtstädtische Strategie, die sich doch eher an der Frage orientieren: Wie wollen wir in dieser Stadt leben und arbeiten?

Herr Kotz, Sie haben ja diese Raterei auch schon begonnen, was ist denn ein namhaftes Büro oder Agentur? Was ist eine angemessene Zahl? Also da kann man sich ja wirklich versuchen durchzuraten, dass das jetzt vier sein können oder nicht. Was ist denn namhaft? Was sind denn das für Büros und Agenturen? Sind das jetzt Kommunikations- und Beteiligungsbüros? Sind das Planungsbüros, die Fach- und Sachverstand, was Stadtentwicklung angeht, haben? Ich weiß es nicht, und das macht mich besonders, wenn es eine freihändige Vergabe sein soll, stutzig. Mit welcher Qualität, die Sie dann einfordern, gehen Sie denn da rein? Ich kann es nicht überprüfen, aber ich soll hier heute dafür Geld beschließen.

Was ist an einer offenen Ausschreibung offen, wenn die nur unter denen stattfindet, die vorher genannt sind? Aber vorher eben doch nicht genannt sind, weil sie ja nur namhaft und in angemessener Zahl sind. Also eine Ausschreibung unter denen, die schon genannt sind, davon soll dann einer das Konzept machen? Über die Abläufe, das hat Herr Kotz schon ausgeführt, man weiß nicht wirklich, wann wie was aufeinander aufbaut. Es geht schlicht durcheinander. Und wenn die Vorlage dann konkrete Aussagen macht, dann sind die falsch. Wie soll ein Prozess mit den Bürgern im ersten Quartal 2015 beginnen, Herr Körner, wenn wir erst am 18. Mai die Präsentation erhalten? Unabhängig vor wem? Das ist eine völlig berechtigte Frage. Vor wem wird präsentiert, und wer wählt aus und wer entscheidet? Wer sind denn dann die, die dann sagen: Jawohl, so sollte die innovative, transparente und integrative Bürgerbeteiligung stattfinden.

Hundert Hektar. Auch wenn man die Erklärung jetzt von Herrn Pätzold hinzunimmt, dann wären das immer noch keine hundert Hektar, um die es geht. Also um welche

Flächen geht es denn da wirklich? Meinen Sie wirklich noch, wir reden über A1, damit es die hundert Hektar werden? Oder nicht? Und die Kostenfrage, Herr Kotz, muss man wohl auch noch stellen. Wenn Herr Körner nachfragt, warum hier unterschiedliche Zahlen sind, dann wäre das jetzt zu klären, bevor man anfängt, irgendwie einen Prozess anzustoßen. Und wenn man 2001 426 Mio. € zahlt, 2002 dann noch mal in der Größenordnung von 30 Mio. € dazukaufte, da kamen ja noch weitere, die Preisberechnung aber stattfindet für eine fiktive Berechnung für das Jahr 2008. Damals hat man hochwertige Bebauung und eine freie Gleisfläche unterstellt. Hat man dieses dann abgezinst? Wir haben ja gezahlt 2002, für dieses Geld aber nie was erhalten. Da sind uns schlicht Einnahmen verlorengegangen. Und deswegen ist es völlig richtig, hier von eher 800 Mio. € zu reden. Mit den entgangenen Strafzahlungen, die eigentlich ab 2012 fällig werden sollten, werden wir uns in einem Bereich von eher 1 Mrd. € bewegen.

Herr Körner, einfach von Chancen zu reden, halte ich für sehr gewagt, ohne dass man sich die Risiken dieser Bebauung klarmacht. Und diese Risiken sind eklatant, wenn man sich die Aufgabenstellungen nochmals ansieht. Es geht um nichts Geringeres als die Frage: Wie wollen wir in Zukunft in Stuttgart leben und arbeiten? Ich wiederhole das hier noch mal. Ja glaubt denn ernsthaft einer, dass in einem Rosensteinviertel die Frage des Feinstaubes, des bezahlbaren Wohnraums für immer und dann auch erst ab 2025 geklärt wäre? Die Frage: Wie entwickeln wir unseren Wirtschaftsstandort weiter? Es geht ja auch um das Arbeiten. Wie sichern wir den Wohlstand? Wie kommen wir mit Energie- und Verkehrswende vorwärts? Was ist mit Feinstaub und Klimaanpassung, wenn wir dort bebauen, noch mehr Verkehr in die Stadt locken, klimarelevante Frischluftflächen zubauen. Hilft es uns bei der Klimaanpassung? Das sind die Sachen, die wir klären sollten. Und zwar vorher, bevor wir über Bebauung von Parkhäusern reden.

Dazu - Wie gehen wir mit dem Gleisbogen um? - höre ich nichts, nur den Anspruch, das braucht Zeit. Und, Herr Kuhn, es geht doch um Gottes Willen nicht, dass man geschwind einmal einen Prozess - wir haben seit 2004 den Entwurf des Stadtentwicklungskonzepts vorliegen, seit 2005 in den Schubladen, und es passiert nichts, das ist nicht einmal im Gemeinderat beschlossen. Jetzt wollen Sie in einem Jahr oder eineinhalb Jahren einen Prozess nebenbei organisieren, den wir bis jetzt mit Verwaltung und Politik nicht geschafft haben. Bevor man über konkrete Bebauung nachdenkt, muss man die Rahmenbedingungen der Entwicklung klären. Das wollen Sie in eineinhalb Jahren machen? Da wollen Sie, so wie ich es lese, mit 100.000 € einen Prozess dazu gestalten? Was ist denn das für ein Prozess?

Wenn man an eine IBA denkt, Herr Kuhn, Sie haben ja völlig recht, heutzutage ist man weit weg davon, dass man Modellquartiere oder so etwas macht. Auch hier kümmert man sich um gesamtstädtische Fragestellungen. Und die sind eben komplexer, als ein Quartier zu bebauen, das maximal 40 Hektar groß ist. Es geht um die gesamtstädtischen Fragen, die ich vorher angesprochen habe. Wenn man also wirklich dafür Rahmenbedingungen schaffen will, dann braucht man andere Prozesse, wie die hier angedeuteten. Man kann jetzt natürlich sagen: Ich habe doch gar nichts angedeutet. Ich hätte mir diese Fragen sparen können, wenn man den Gemeinderat vorher gefragt hätte.

Herr Kotz, Sie haben völlig recht, die eigentlich entscheidende Frage ist doch nicht: Wie gestalten wir ein informelles Verfahren, von dem wir, ich sagte es ja, 1997 schon

eines hatten? Sondern: Wie geht es danach weiter? Was kommt denn dann? Wie wird es denn eingebunden? Wie kommt es in die Verwaltungsstruktur rein? Wird es "verhackstückelt und verwurstelt", so wie es jetzt ist? Dann kommt das Tiefbauamt, dann kommt der Straßenverkehr, dann kommt das und das, und am Ende ist von den Ideen der Bürgern nichts mehr da. Wenn der Gemeinderat dann noch drübergeht und mit alternativlos und Sachzwängen kommt, zudem noch die Finanzen zu berücksichtigen sind, und dann entscheidet. Also wenn die Verwaltung, so wie sie jetzt mit Stadtentwicklung umgeht, ich habe das erwähnt, dann mach ich mir wirklich Sorgen, dass hinterher von den Bürgerideen nichts mehr übrig bleibt.

Wenn man Bürgerbeteiligung macht, muss man sich von Anfang an fragen: Wie machen wir es denn, dass es nicht ein Wünsche-Bombardement, oder ein bunter Blumenstrauß an Ideen wird? Da schreiben Sie dann so etwas: Ja, wir wollen vor allem Kommunikation und Mediation machen. Und dann kommt ein Hinweis, dass Sie darüber nachdenken, "wir wollen einen abwägungsorientierten Dialogprozess". Was heißt denn das "abwägungsorientiert"? Da steht wohl schon die Idee dahinter, dass das nicht nur um Wunschkonzert geht? Sondern man muss Sachen gegeneinander stellen. Man muss wirklich die Frage: Wie wollen wir leben und arbeiten? - in Abwägung bringen, Prioritäten setzen, gerade wenn man in Stuttgart so knapp an Flächen ist. Wollen Sie das auch in eineinhalb Jahren mit den Bürgerinnen und Bürgern machen? Ich verstehe nicht, wie das zusammenpassen sollte.

Schauen Sie sich einfach mal andere Projekte an, z. B. Baden oder den Prozess in Karlsruhe, die jetzt zu ihrem 300-jährigen Stadtjubiläum einen Prozess aufgesetzt haben, der dort 2012 und 2013 angefangen hat. Angefangen mit Voruntersuchungen, die die Frage - Was sind eigentlich die Probleme in der Stadt? - beinhalten. Was sind die Probleme in der Stadt? Wie wollen wir die angehen? Die haben da Ausstellungen gemacht, die Bürger eingeladen. Die haben als erstes Wunschkonzerte gemacht, hatten dann aber eine Prozessidee, wie es weitergeht. Die haben nach diesen Sachen kooperative Verfahren gemacht. Keine Standard-Wettbewerbsverfahren, sondern mit Bürgerbeteiligung und unterschiedlichen Planungsteams von außen als nächsten Schritt. Jetzt ist die Ausstellung fürs nächste Jahr geplant. Wenn Sie diese Ideen haben, dann sagen Sie es. Wie soll es weitergehen? Das wären die Diskussionen, die wir hier führen müssten, bevor wir jetzt hier geschwind mal 100.000 € für die Vorbereitung und Ausschreibung und hinterher für die Durchführung eines Verfahrens bereitstellen, ohne zu wissen, wie Stadtentwicklung wirklich auf dem Zeitstrahl aussehen soll und wie eben die Ideen in die Verwaltung und in die Politik hinterher eingespeist werden.

Eine Vorgehensweise, die ergebnisoffen verläuft, ist Bedingung für ernst gemeinte Beteiligung, den Bürgern klar vorher zu sagen, was passiert mit eurer Energie, mit euren Ideen, mit der Zeit, die ihr investiert. Bevor man einfach mal beteiligt und hinterher "verwurstelt" man das dann in irgendwelchen Workshop-Prozessen. Da habe ich gehofft, dass wir in Stuttgart weiter sein sollten.

Ich fasse zusammen: Die Vorlage ist, was die wichtigen Themen Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung angeht, unambitioniert. Sie kommt völlig zur Unzeit. Für den von mir beschriebenen Prozess würden wir die zehn Jahre gut brauchen können, weil, da geht es um Politik, Verwaltungskultur - und nicht einfach nur um ein informelles Verfahren -, die wir ändern müssten in dieser Stadt. Aber jetzt hier einfach

zu beteiligen, ohne klar zu wissen, wo es hinlaufen soll, halte ich für einen Fehler. Die Vorlage ist unverständlich. Sie ist unvollständig. Sie ist meiner Meinung nach für das, was Sie an Ambitionen reinstecken oder andeuten, unterfinanziert. Sie ist schlicht ungenügend, und deswegen muss man sie heute ablehnen.

StRin von Stein (FW):

Mit diesem Dialog wird nun zum einen anerkannt, dass Stuttgart 21 realisiert wird und zum anderen, dass wir als Stadtgesellschaft vor der Aufgabe stehen, dieses Herz in der Stadt Stuttgart zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger gut umzusetzen.

Wir befürworten diese Bürgerbeteiligung. Es ist natürlich klar, dass es Herausforderungen gibt. Ich denke auch, es ist gut, wenn man früh anfängt. Und natürlich gehe ich davon aus, dass in diesem Bürgerbeteiligungsverfahren Rahmenbedingungen wie rechtliche Grenzen oder Dinge, die eben gar nicht gehen, von vornherein geklärt werden. Ich gehe davon aus, und ich habe Vertrauen in die Stuttgarterinnen und Stuttgarter, die sich an diesem Prozess beteiligen werden, dass sie vernünftig agieren. Natürlich wird es in allen Verfahren solche geben, die das eine stärker befürworten und das andere ablehnen. Versucht gehört, Kompromisse zu finden. Es gibt aber auch Personen, die Kompromisse ablehnen. Damit muss eine Stadtgesellschaft umgehen und dieses aushalten.

Natürlich müssen wir uns Gedanken machen, wie diejenigen, die sich unterlegen, nicht angenommen oder unverstanden fühlen, mit dieser Stimmung umgehen. Das muss man sicher berücksichtigen. Insofern braucht es natürlich eine gute Organisation, dass solche Enttäuschungen eben minimal gehalten werden. Wichtig ist schon, dass wir als Gemeinderat uns dann an diesen Vorstellungen, die dort entwickelt werden, orientieren und die nicht zur Makulatur werden lassen. Die originäre Aufgabe des Rates muss sein, sich zu positionieren und zu erklären, was realistisch umsetzbar ist und was nicht.

Geachtet werden muss darauf, was passiert zwischen der Bürgerbeteiligung und der Realisation in einigen Jahren, und wie gehen wir damit um, wenn sich dann Rahmenbedingungen, Ansprüche, in der Zwischenzeit verändern? Wie arbeiten wir die dann in dieses Verfahren ein? Ich habe Vertrauen, dass wir das hinbekommen werden. Die Freien Wähler werden dieser Vorlage zustimmen.

StR Prof. Dr. Maier (AfD):

Herr Oberbürgermeister, wir halten das für eine beachtliche und enorm wichtige Initiative der Stadt. Jede Art von effektiver Bürgerbeteiligung verbessert Planungssicherheit und verbessert die Akzeptanz der Planung, natürlich auch dann der ausgeführten Bautätigkeiten. Der Vorteil des vorgeschlagenen Vorgehens scheint mir auch darin zu liegen, dass zumindest im Ansatz Elemente einer Art von Planung verfolgt wird, die nicht nur die angedachten Funktionen, sondern auch alle erdenklichen Fehlfunktionen eines Planungsprozesses zu erfassen versucht. Impact Assessments sind ja leider in Deutschland relativ wenig verbreitet, die Europäische Union praktiziert sie in großem Umfang im Rahmen ihrer Gesetzgebung. Und ich

denke, das wäre ein Element, das man ansatzweise mit realisieren könnte im Rahmen dieser informellen Bürgerbeteiligung.

Planungssicherheit ist das Entscheidende, aber eben auch die Akzeptanz. Deswegen stimmen wir der Vorlage unbedingt zu. Mit der Ergänzung, dass nicht nur Bürgerbeteiligung im Sinne eines Dialogprozesses erfolgen sollte, sondern auch die Entwicklung in Richtung eines Bürgerentscheids gehen könnte. Ich hätte mir gewünscht, dass das Wort Bürgerentscheid zumindest als Möglichkeit in der Vorlage aufgetaucht wäre. Aber vielleicht haben Sie das angedacht und nicht in den Text mit aufgenommen.

StR Dr. Oechsner (FDP):

Die vielen richtigen Fragen muss ich nicht wiederholen. Ich muss dem Herrn Rockenbauch schon recht geben, dass die Sprache der Vorlage etwas "verkopft" ist. Verwundert bin ich über die Kritik an dieser etwas offeneren Vorlage. Die Vorlage habe ich so verstanden, dass es in der ersten Stufe darum geht, das Gesamtverfahren erst einmal zu entwickeln. Mit Mitsprache sicherlich auch des Gemeinderats. Und insofern ist das natürlich ein hervorragender Ansatz, um eine Bürgerbeteiligung, geplant durch ein Büro in der Stufe 1 und uns, gemeinsam ohne schon fertige Ideen der Verwaltung auf den Weg zu bringen. Insofern glaube ich auch, dass das eine große Chance ist, dieses Gebiet zu entwickeln. Deswegen werde ich sehr gerne dieser Vorlage zustimmen, auch wenn ich tatsächlich das eine oder andere Mal Probleme hatte, die Worte zu verstehen.